

Kabinettsausschuss

# Bundesregierung beschließt Maßnahmenpaket gegen Rassismus

Ein Regierungsausschuss plant einen verbesserten Opferschutz für Rassismusbetroffene. Sogenannte Feindeslisten rechtsextremer Gruppen sollen künftig strafbar sein.

2. Dezember 2020, 12:28 Uhr / Quelle: ZEIT ONLINE, AFP, [jsp](#) / [63 Kommentare](#) / 

[ARTIKEL HÖREN](#)



Dem Kabinettsausschuss der Bundesregierung zur Erarbeitung des Maßnahmenpakets gehört auch Bundeskanzlerin Angela Merkel an.

© Markus Schreiber/AFP/Getty Images

Die Bundesregierung [<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-09/bundesregierung-kabinettsausschuss-rechtsextremismus-rassismus-migrantenorganisationen>] hat ein Maßnahmenpaket für den Kampf gegen [Rassismus](https://www.zeit.de/gesellschaft/2020-06/rassismus-deutschland-geschichte-kolonialismus-nationalsozialismus) [<https://www.zeit.de/gesellschaft/2020-06/rassismus-deutschland-geschichte-kolonialismus-nationalsozialismus>] und Rechtsextremismus beschlossen. Ziel der knapp 90 Einzelmaßnahmen sei es, "unsere wehrhafte Demokratie zu stärken", sagte Bundesjustizministerin [Christine Lambrecht](#) (SPD) nach dem Kabinettsbeschluss. Sie kündigte an, die Beschlüsse zügig umzusetzen.

Vorgesehen sind unter anderem intensivere Präventionsarbeit, stärkere Sicherheitsbehörden, schärfere Strafgesetze, bessere Hilfen für Betroffene und ein engerer Austausch mit der Zivilgesellschaft. Auch das von der SPD seit Langem geforderte [Demokratiefördergesetz](#)

[<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-09/christine-lambrecht-verschwörungstheorien-umgang-schule-kinder>] soll demnach bald kommen. Es soll den kritischen Umgang mit Informationen im Internet fördern.

Rechtsextremismus

## Rechte Gewalt in Deutschland

Rechte Gewalt

### Die Baseballschlägerjahre

[<https://www.zeit.de/video/2020-12/rechte-gewalt-ostdeutschland-neonazis-baseballschaegerjahre>]

Baseballschlägerjahre

### "Wie brutal rassistisch viele hier gesprochen haben"

[<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-11/rassismus-deutschland-alltagsrassismus-baseballschaegerjahre-jugoslawienkrieg>]

Rassismus

### Wir sind hier

[<https://www.zeit.de/gesellschaft/2020-02/rassismus-hanau-anschlag-rechte-gewalt-wir-sind-hier>]

Mehr zum Thema → [<https://www.zeit.de/thema/rechtsextremismus>]

### Der umstrittene Begriff der "Rasse"

[<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-06/grundgesetz-rasse-begriff-rassismus>] im Verfassungsartikel 3 soll durch eine neue Formulierung ersetzt werden. Die Härteleistungen für Opfer von Anschlägen und Übergriffen werden auf materielle Schäden ausgeweitet. Für den Schutz von Opfern rassistischer Straftaten soll eine zentrale Plattform eingerichtet werden.

"Wer nur wegen seiner ethnischen Herkunft oder Religion eine Wohnung nicht bekommt [<https://www.zeit.de/2020/06/wohnungssuche-berlin-tuerkischer-name-diskriminierung-wartezeiten>], bekommt mehr Zeit, sich dagegen juristisch zur Wehr zu setzen – sechs statt bisher zwei Monate", sagte Lambrecht. Zudem sollen sogenannte Feindeslisten, auf der Rechtsextreme ihre Gegner aufführen [<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-02/rechtsextremismus-feindeslisten-neonazis-bianca-klose-interview>], künftig als Straftat geahndet werden können. Außerdem soll ein neuer Straftatbestand für antisemitische oder rassistische Hetze geschaffen werden.

Die Zusammenarbeit von Bund und Ländern soll sich verbessern – etwa durch den Ausbau des Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrums Rechts (GETZ-R) und eine Plattform zum Erfahrungsaustausch. Auch die umstrittene Neuregelung, der zufolge die Geheimdienste –

Bundesverfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst und Militärischer Abschirmdienst – Staatstrojaner einsetzen können, dient nach Einschätzung der Bundesregierung der Bekämpfung des Rassismus.

## Weiterbildungen für Polizeibeamte und Richter

Durch gezielte Kampagnen soll erreicht werden, dass mehr Menschen mit Migrationsgeschichte im öffentlichen Dienst arbeiten. Die Auswahlverfahren werden dafür überprüft. In der politischen Bildung soll es neue Maßnahmen zu spezifischen Phänomenen geben – wie Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit oder Antiziganismus.

Polizistinnen und Polizisten sollen durch Fortbildungsangebote im Berliner Haus der Wannsee-Konferenz für Antisemitismus sensibilisiert werden. Weiterbildungsveranstaltungen soll es auch an der Deutschen Richterakademie geben.

Das Beste aus Z+

### Ungarn

Viktor Orbán

**"Meine kleine Handgranate reicht dafür nicht"**

[<https://www.zeit.de/2020/49/viktor-orban-ungarn-europa-corona-hilfe-angela-merkel-menschenrechte>]

Die Neuregelungen sollten all jene unterstützen, "die von Rechtsextremisten und Demokratiefeinden tagtäglich beleidigt, bedroht und angegriffen werden", sagte der Opferbeauftragte der Bundesregierung, Edgar Franke. Es würden nun "erhebliche finanzielle Mittel" eingesetzt, um das Engagement zivilgesellschaftlicher Initiativen und Organisationen zu stärken. Von 2021 bis 2024 sollen insgesamt eine Milliarde Euro für die verschiedenen Vorhaben bereitstehen. Hinzu kommen weitere 150 Millionen Euro für den Haushalt des kommenden Jahres.

Ausgearbeitet wurde der Katalog von einem Kabinettsausschuss

[<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-11/rassismus-rechtsextremismus-bekaempfung-kabinettsausschuss-massnahmen-katalog>] zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus, der nach dem rassistischen Anschlag in Hanau [<https://www.zeit.de/kultur/2020-05/attentat-hanau-ausgrenzung-betroffene>] eingerichtet worden war. Die Maßnahmen wurden nach Beratungen mit Wissenschaftlerinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft, insbesondere Migrant\*innenverbänden, ausgearbeitet.

Dem Kabinettsausschuss gehören neben Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Vizekanzler Olaf Scholz (SPD) die Bundesministerinnen und -minister für

Inneres, Auswärtiges, Justiz, Verteidigung, Familie und Bildung an. Im kommenden Jahr soll der Ausschuss einen Abschlussbericht vorlegen.

STARTSEITE › [<https://www.zeit.de/index>]